

# Machtkampf in Kiew

Warum nationale Einheit lokale Freiheit braucht

Von Alfred Behn-Eschenburg / 07.05.2026



Steven Ashbourg in Kiew, Frühjahr 2026 – Illustration aus dem erzählerischen Universum von „Das gekaufte Schachbrett“.

## Vorwort von Abbizco Editions

Als Schweizer Verleger und Bürger eines Landes, dessen Fundament auf direkter Demokratie und Föderalismus ruht, betrachte ich politische Prozesse stets durch die Linse der Machtteilung. Die Schweiz hat über Jahrhunderte bewiesen, dass Stabilität nicht durch die Konzentration von Macht an der Spitze entsteht, sondern durch das Vertrauen in die Basis – in Gemeinden, Städte und Kantone.

Mit Sorge beobachte ich daher die wachsenden Spannungen in der Ukraine zwischen der Zentralregierung von Präsident Wolodymyr Selenskyj und der Kiewer Stadtverwaltung unter Vitali Klitschko. Dieser Essay versucht, die tieferliegende Problematik dieses Konflikts zu analysieren und aufzuzeigen, warum ein politischer Kompromiss – begleitet durch europäische Diplomatie – für die demokratische Zukunft der Ukraine entscheidend sein könnte.

## Die Anatomie eines Konflikts

Im Frühjahr 2026 ist die politische Stimmung in der Ukraine spürbar angespannt. Was oberflächlich wie eine persönliche Rivalität zwischen zwei prominenten Führungspersönlichkeiten erscheinen mag, offenbart bei näherer Betrachtung einen strukturellen Konflikt über die zukünftige Machtordnung des Landes.

Präsident Selenskyj, das internationale Symbol des ukrainischen Widerstands, verfolgt in Kriegszeiten nachvollziehbarerweise das Ziel maximaler Effizienz und Handlungsfähigkeit. Doch genau dieser Drang zur Zentralisierung stößt insbesondere in Kiew auf Widerstand.

Bürgermeister Vitali Klitschko wirft dem Präsidialamt vor, die demokratische Selbstverwaltung schrittweise auszuhöhlen. Die Einrichtung paralleler Militärverwaltungen habe in der Hauptstadt eine Art „Doppelherrschaft“ geschaffen, in der Zuständigkeiten zunehmend verschwimmen. Wenn Verantwortung für Luftschutzbunker, Energieversorgung oder kritische Infrastruktur zwischen Rathaus und Präsidialamt zum Gegenstand politischer Schuldzuweisungen wird, verliert am Ende vor allem die Bevölkerung Vertrauen in die Institutionen.

### **Die Schweizer Linse: Subsidiarität als Resilienzfaktor**

Aus schweizerischer Perspektive liegt eine zentrale Stärke der Ukraine gerade darin, dass sie kein vollständig zentralisierter Staat ist. In den ersten Tagen der russischen Invasion im Jahr 2022 waren es vielerorts lokale Bürgermeister, regionale Verwaltungen und zivile Netzwerke, die schnell reagierten und Verteidigungsstrukturen organisierten, während die nationale Führung zunächst unter enormem Druck stand.

Das Prinzip der Subsidiarität – Probleme möglichst nahe an ihrer Entstehung zu lösen – ist kein Hindernis für nationale Verteidigung, sondern oft deren wichtigste Voraussetzung. Lokale Handlungsfähigkeit schafft Anpassungsfähigkeit, Vertrauen und Geschwindigkeit.

Ein starker Bürgermeister in Kiew ist deshalb nicht zwangsläufig ein Konkurrent eines starken Präsidenten. In einer funktionierenden Demokratie sollte er dessen wichtigster Partner an der Heimatfront sein.

### **Die Gefahr der inneren Erosion**

Ein Staat, der sich gegen eine äußere Autokratie verteidigt, darf nicht Gefahr laufen, im Inneren selbst zunehmend zentralistische Reflexe zu entwickeln. Gerade in Krisenzeiten entsteht leicht die Versuchung, politische Kontrolle mit nationaler Einheit gleichzusetzen.

Europa und die internationale Gemeinschaft beobachten diese Entwicklung aufmerksam. Für den langfristigen Wiederaufbau der Ukraine wird institutionelles Vertrauen entscheidend sein. Investoren, Geberstaaten und internationale Partner benötigen die Gewissheit, dass die Ukraine auch unter extremem Druck ihre pluralistischen und demokratischen Strukturen bewahrt.

Ein anhaltender Machtkampf zwischen Präsidialamt und kommunaler Ebene gefährdet nicht nur die Effizienz staatlicher Abläufe, sondern auch die moralische Glaubwürdigkeit der Ukraine gegenüber ihrem Aggressor. Gleichzeitig eröffnet er Raum für Desinformation und politische Instrumentalisierung von innen wie außen.

### **Der Weg zum Kompromiss**

Die Ukraine braucht heute nicht weniger Einheit, sondern eine professionellere Form der Zusammenarbeit zwischen zentraler und lokaler Ebene. Nationale Geschlossenheit darf nicht mit politischer Gleichschaltung verwechselt werden.

Ein möglicher Ausweg liegt in einem strategischen Kompromiss. Kompetenzen müssten klarer abgegrenzt, institutionelle Rollen respektiert und politische Eskalationen reduziert werden. Dazu gehört auch, juristische und administrative Maßnahmen nicht als Instrument gegenseitiger Schwächung erscheinen zu lassen.

Hier könnten die „Guten Dienste“ Europas eine konstruktive Rolle spielen. Gerade Staaten wie die Schweiz verfügen über Erfahrung im Umgang mit föderalen Spannungen, Machtteilung und konsensorientierter Vermittlung. Eine stille Diplomatie hinter verschlossenen Türen wäre vermutlich hilfreicher als öffentliche Mahnungen.

Die eigentliche Stärke demokratischer Systeme zeigt sich nicht in der Fähigkeit zur Machtkonzentration, sondern in der Fähigkeit, Macht zu teilen, ohne dabei handlungsunfähig zu werden.

### **Fazit**

Die Zukunft der Ukraine entscheidet sich nicht allein an der Front, sondern ebenso in den Institutionen von Kiew.

Einigkeit bedeutet im Jahr 2026 nicht die Abwesenheit von Kritik, sondern die Fähigkeit zur Kooperation trotz unterschiedlicher Machtzentren. Selenskyj und Klitschko stehen vor der Herausforderung, einen Modus Vivendi zu finden, der sowohl die nationale Handlungsfähigkeit als auch die demokratische Vielfalt des Landes bewahrt.

Denn eine Ukraine, die ihre lokalen Wurzeln schwächt, riskiert langfristig genau jenes Fundament zu verlieren, das sie eigentlich verteidigt: ihre Freiheit.

---

### **Ashbourgs Randnotiz**

Steven Ashbourg hätte diesen Konflikt vermutlich als mehr betrachtet als einen politischen Machtkampf in Kiew. Für ihn wäre er Teil jenes größeren geopolitischen Musters gewesen, das bereits im Hintergrund von *Das gekaufte Schachbrett* sichtbar wurde: der schleichenden Spannung zwischen demokratischer Freiheit, zentralisierter Macht und institutioneller Verwundbarkeit in Zeiten globaler Krisen.

Vielleicht hätte er notiert:

*„Eine Demokratie verliert nicht erst dann, wenn ihre Grenzen fallen. Sie beginnt früher zu verlieren – dort, wo Machtteilung als Schwäche erscheint und lokale Freiheit dem Reflex zentraler Kontrolle geopfert wird.“*

### **Anmerkung des Autors**

Dieser Essay basiert auf öffentlich dokumentierten politischen Spannungen zwischen der ukrainischen Zentralregierung und der Stadtverwaltung Kiews seit Beginn des Kriegsrechts. Besonders relevant sind dabei Debatten über kommunale Selbstverwaltung, parallele Verwaltungsstrukturen, Budgetfragen, Energieversorgung, Korruptionsermittlungen sowie die institutionelle Balance zwischen zentraler Führung und lokaler Autonomie in Zeiten des Krieges.